

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen - Zeile 148-151: Paris-kompatible Klimaziele

Gremium: AK Klima und Umwelt
Beschlussdatum: 22.04.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

1 Von Zeile 148 bis 151:

2 BWP-Entwurf:

3 Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen
4 Sektoren
5 sofort wirksame Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt,
6 naheliegende
7 Einsparmöglichkeiten umsetzt. Wir werden das ungenügende Klimaschutzgesetz und
8 den
9 Klimaschutzplan überarbeiten und – im Einklang mit dem höheren neuen
10 europäischen Klimaziel
11 – das deutsche Klimaziel 2030 auf -70 Prozent anheben. Nur so kann es gelingen,
12 dass wir
13 Europäer*innen deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.

14 ÄA:

15 Wir werden das ungenügende Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan
16 überarbeiten und – im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen – das deutsche
17 Klimazwischenziel 2030 auf -70 Prozent anheben, um deutlich vor Mitte des
18 Jahrhunderts klimaneutral zu sein. Nur so kann es gelingen, dass wir einen
19 globalgerechten Beitrag zur Begrenzung der Emissionen für das Erreichen des 1,5
20 Grad-Ziels leisten. Als Europäer*innen werden wir uns für die Erreichung des
21 Paris-Ziels Gesamteuropas einsetzen, so dass Europa deutlich vor Mitte des
22 Jahrhunderts klimaneutral wird.

Begründung

Der ÄA wurde im Partei-AK Klima und Umwelt des KV Köln am 22.04.2021 beschlossen und eingereicht: https://antraege.gruene.de/46bdk/kapitel_1_lebensgrundlagen_schuetzen-5200/11301

Mit diesem Änderungsantrag möchten wir verdeutlichen, dass Deutschland in der Pflicht steht einen gerechten Beitrag zum Klimaziel von Paris zuleisten, und nach dem Sachverständigen Rat für Umweltfragen steht Deutschland ein CO2-Budget zur Verfügung., vgl. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/20-20_Umweltgutachten_Kap_02_Pariser_Klimaziele.pdf?__blob=publicationFile&v=22

Damit wir dieses erreichen, müssen wir schnell von unseren Emissionen runter, deswegen ist das Ziel minus 70 % bis 2030 richtig und wichtig - aber nur ein Zwischenziel. Der Bezug zur EU ist nicht logisch, da die EU -55 % als Zwischenziel und Klimaneutralität 2050 anstrebt.

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen - Zeile 424: Gewichtsreduzierung PKW

Antragsteller*in: Stephan Rohn (AK Mobilität KV Köln)

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Ausserdem wollen wir Energieverbrauch, Emissionen und Strassenabnutzung der
- 2 Autos durch wirksame Anreize zur Gewichtsreduzierung vermindern. Dazu werden wir
- 3 die Hersteller verpflichten, zukünftig transparente und detaillierte
- 4 Verbraucherinformationen über das tatsächliche PKW-Gewicht anzugeben.
- 5 (Einfügung auf S. 18 im Kapitel "Autos der Zukunft bauen" vor dem Satz "Wir
- 6 beenden die Dieselsubventionen...")

Begründung

Mit zunehmendem Fahrzeuggewicht steigen nicht nur der Energieverbrauch und die (Feinstaub-) Emissionen signifikant, sondern auch die Straßenabnutzung exponentiell (4. Potenz). Beides führt zu enormen gesellschaftlichen Folgekosten.

Aber derzeit ist es kaum möglich, einen möglichst leichten PKW zu kaufen. Die Informationen dazu sind nur schwer auf den Webseiten der Hersteller aufzufinden. Und das Mehrgewicht für Sonderausstattungen lassen die Hersteller sogar völlig im Dunkeln. Es ist aber - was weitgehend unbekannt ist - beträchtlich.

Um dies zu ändern, sollen Fahrzeughersteller zukünftig (1) das Gewicht des Fahrzeuges in ihren Werbemaßnahmen gleichrangig neben dem Kraftstoffverbrauch klar angeben. Die Fahrzeug-Konfiguratoren auf den Webseiten der Hersteller sollen (2) nach dem Vorbild von Fahrradherstellern jedes Teil einer Mehrausstattung mit seinem Gewicht anzeigen und zur Berechnung des angezeigten Endgewichts nutzen. Außerdem soll (3) das tatsächliche Leergewicht des konkreten Fahrzeugs in der gelieferten Ausstattungsvariante in der Zulassungsbescheinigung aufgeführt werden, nicht nur das Leergewicht des Fahrzeugtyps in der Grundausstattung.

Dieser Änderungsantrag

- wurde am 8.4.2021 vom AK Mobilität und Verkehr des KV Köln beschlossen,
- wurde als Änderungsantrag mit der erforderlichen Zahl von Unterstützer:innen im Antragsgrün veröffentlicht (unter PB-L-01-424) und
- wird von der BAG Mobilität und vom Stadt- und Verkehrsplaner Prof. Helmut Holzapfel (Leiter des Zentrums für Mobilitätskultur, Kassel) befürwortet.

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen - Zeile 624: Verordnung zum Sprengstoffgesetz

Antragsteller*in: Bert Lahmann

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 In Zeile 624 füge an nach "umsetzen":
- 2 Um diese Ziele zügig zu erreichen, fordern wir zudem die Entscheidung über das
- 3 Feuerwerk zu Silvester in kommunale Hände zu übertragen.

Begründung

Das Silvesterfeuerwerk ist in der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz und dort in den Paragraphen 20 bis 24 bundeseinheitlich geregelt und lässt den Kommunen nur wenig Handlungsspielraum, dieses in ihrem Sinne zu regeln. Da das Abbrennen von privaten Feuerwerk in nur einer Nacht in etwa die Menge an Schadstoffemissionen wie zwei Monate bundesweiter Strassenverkehr erzeugt, sind den Kommunen Möglichkeiten einzuräumen, diesen Umweltbelastungen mit dem Angebot von einem wesentlich schadstoff- und müllärmeren öffentlichen sowie von Verboten von privaten Feuerwerk zu entgegen. Und das geht nur mit einer Änderung bzw. Ergänzung des §24 der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz.

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen - Zeile 649: Umstellungsware

Antragsteller*in: AK Konsum
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

1 nach Zeile 649 einfügen:

2 Den Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür
3 schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller
4 umstellen. Landwirte*innen, die sich in der Umstellung befinden, sollen einen
5 sicheren Abnehmer ihrer Umstellungsware in staatlichen Institutionen finden,
6 z.B. Mensen, Kantinen. Durch Verpflichtungen zur Abnahme von Bio-Produkten und
7 Umstellungsware in Vergaberichtlinien schaffen wir zusätzliche sichere
8 Absatzmärkte für Bio-Landwirt*Innen. Regionale Produkte sind dabei zu
9 bevorzugen. Zudem erleichtern wir Bäuer*innen den Umstieg durch den Abbau von
10 Bürokratie.

Begründung

Immer mehr Landwirt*innen möchten auf Bio umstellen. Dies ist bisher deutlich zu schwer. Für Bio-Produkte und Umstellungsware fehlen Absatzmärkte. Diesem fehlenden Umsatz stehen aber hohe Kosten sowie ein enormer Zeit- und Bürokratieaufwand während der Umstellung gegenüber. Öffentliche Einrichtungen stellen einen großen Absatzmarkt dar, den die Bundesregierung direkt beeinflussen kann. Eine garantierte Abnahme von Bio- und Übergangsware durch die öffentliche Hand gibt Landwirt*innen Sicherheit. Zusätzlich sorgen wir für nachhaltigere und gesündere Ernährung in den öffentlichen Kantinen.

Beschluss Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften - Zeile 190/194: Frauenquote

Antragsteller*in: Grüne Jugend Köln Vorstand
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Zeile 190: ersetze: "mindestens ein Drittel der Vorstandssitze" durch "50
- 2 Prozent der Vorstandssitze".
- 3 Zeile 194: ersetze: Frauenanteil von 40 Prozent durch "Frauenanteil von 50
- 4 Prozent"

Begründung

Begründung: Wir als Grüne stehen für echte Gleichberechtigung und diese muss sich auch in Quote widerspiegeln. Wir fordern die Hälfte der Macht für die Frauen, nicht nur 1/3 oder 40 Prozent. Denn mit Quoten unter 50 Prozent werden wir echte Gleichberechtigung nicht erreichen

Beschluss Kapitel 3: Solidarität sichern - Zeile 321-323: 30-Stundenwoche fördert Geschlechtergerechtigkeit

Gremium: AK Wirtschaft
Beschlussdatum: 21.04.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies
- 2 gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen
- 3 erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit
- 4 geschlechtergerecht aufzuteilen. Eine kürzerer Arbeitszeitstandard von
- 5 beispielsweise 30 Wochenstunden würde dazu beitragen, dass bezahlte und
- 6 unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern fairer aufgeteilt wird. Eine
- 7 gleichmäßige verteilte Erwerbsarbeitszeit würde auch den Gender-Pay- und Gender-
- 8 Pension-Gap reduzieren. Diskriminierungen am (...)

Begründung

Arbeitszeiten ist Sache der Tarifpartner. Daher wird hier explizit keine 30 Stundenwoche gefordert.

Es ist aber wichtig, die Vorteile einer reduzierten Vollzeitnorm ins Gespräch und die Vorteile ins Bewusstsein zu bringen. Eine kürzere Wochenarbeitszeit würde nicht nur zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen (Literatur). Kürzere Arbeitszeiten haben auch ökologisch sehr positive Wirkungen (Literatur). Zudem steigt die Zufriedenheit und (psychische) Gesundheit der Beschäftigten (Literatur) und darüber hinaus kann bei angemessener Umsetzung Beschäftigung gesichert oder gar geschaffen werden (Literatur). Schließlich würde die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit und damit auch die Ungleichheit der Einkommen reduziert (Literatur).

Schließlich hat sich auch das Grundsatzprogramm aus diesen Gründen für kürzere Wochenarbeitszeiten ausgesprochen hat.

Beschluss Kapitel 5: Zusammen leben - Zeile 55

Antragsteller*in: Sören Möller
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

1 Nach Zeile 55 einfügen:

2 **Digitale Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung schaffen**

3 Wir verstehen die Digitalisierung als ein neues Merkmal der nationalen
4 Infrastruktur. Dementsprechend werden wir bundesweite Standards schaffen und
5 durchsetzen. Genauso wie technische Standards, Verkehrsinfrastruktur oder unser
6 Gesundheitssystem wird dies den Standort Deutschland für Menschen und
7 Unternehmen attraktiver gestalten. Dafür schaffen wir eine zentrale staatliche
8 Organisation die die Homogenisierung und Standardisierung der
9 Digitalisierungsanstrengungen umsetzt. Dabei verfolgen wir klare Ziele des
10 Bürokratiekostenabbaus, der Effizienzsteigerung des Staates und der offenen
11 Systeme. Damit streben wir an den durchschnittlichen Bearbeitungsaufwand pro
12 Verwaltungsvorgang und die Bürokratiekosten insgesamt um 30% zu senken.
13 Mittelfristig wird zu diesem Zweck eine digitale Infrastruktur für Bund, Länder
14 und Gemeinden aber auch Wirtschaft und Bürger erstellt und bereitgestellt.

Begründung

Die Digitalisierung ist ein wichtiger und unstrittiger Punkt von dem jeder profitiert. Die Digitalisierung findet sich in mehreren Punkten des Programmwurfes wieder. Das ist alles gut aber gerade im Punkt der Digitalisierung der Verwaltung bleibt der Programmwurf meiner Ansicht nach zu unkonkret. Wie können wir sonst in einer Regierungsarbeit konkrete Ziele formulieren oder Ministerien und Bundesländer mitziehen die in einer zukünftigen Regierung nicht grün besetzt sind? Es müssen konkrete Ziele und eine grobe Idee der Umsetzung hinein, sonst versackt der Fortschritt in Beraterverträgen und inkompatiblen Flickenteppichen aus Einzellösungen.

Die Senkung des Aufwands pro Verwaltungsvorgang um 30% wäre ein denkbare, konkretes Ziel. Eine neue Behörde für Digitalisierung oder zumindest ein Gremium müssten die Fortschritte in den Ministerien und Bundesländern überwachen und die Beschaffung und Auslegung von Software und Services koordinieren. Am Ende soll soetwas wie die DIN in der Industrie auch in der Digitalen Welt entstehen. Der Bund müsste eine Infrastruktur aufbauen und diese allen öffentlichen und privaten Entitäten nahtlos zur Verfügung stellen. Im Endeffekt müssen wir die Digitalisierung als ein Infrastrukturpunkt wie z.B. die Autobahnen oder das Stromnetz sehen und genauso erarbeiten. Autobahnen haben im ganzen Land die gleichen Schilder und Spurbreiten, dass muss bei der Digitalisierung ebenfalls erfolgen um die maximale Wirkung zu erzielen und es für alle attraktiv und einfach zu gestalten.

Beschluss Kapitel 5 – Zusammen leben: Zeile 669: Diversitätsbeauftragte*r bei der Polizei

Antragsteller*in: AK gegen Rechts

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Abschnitt die besondere Verantwortung der Polizei
- 2 Z.669:(S. 104, Ab Zeile 12) Ergänzen „Die Polizei muss diverser werden, um die
- 3 gesellschaftliche Realität widerzuspiegeln. Gerade in der Polizei ist dies
- 4 angesichts des Gewaltmonopols - als eine Maßnahme unter weiteren - besonders
- 5 wichtig. Um die Entwicklung auch intern zu begleiten und zu überwachen, soll
- 6 nach dem Vorbild der Gleichstellungsbeauftragte ein*e Diversitätsbeauftragte*r
- 7 geschaffen werden.“

Begründung

Begründung: Die Polizei bekommt von der Gesellschaft die Aufgabe, in dieser für Sicherheit zu Sorgen und die Gesellschaft insgesamt zu schützen. Dazu wird ihr von der Gesellschaft das Gewaltmonopol anvertraut. Da die Gesellschaft insgesamt diverser geworden ist, muss sich dies auch in der Polizei widerspiegeln, damit sie ihrer Aufgabe gesamtgesellschaftlich nachkommen kann, ohne aufgrund fehlender Perspektiven Teile der Gesellschaft zu vernachlässigen.

Beschluss Kapitel 5 – Zusammen leben: Zeile 897ff.: Kolonialismus erinnern und aufarbeiten

Antragsteller*in: AK Migration
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Abschnitt Erinnerungskultur stärken und öffnen
- 2 Z.897ff Ergänzen “Wir werden die Kontinuitäten des Kolonialismus ins Bewusstsein
- 3 rücken durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte und so eine breite
- 4 gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern [streiche:, die
- 5 sich nicht allein auf die Rückgabe von Kulturgütern beschränkt,]. Die Rückgabe
- 6 von Kulturgütern nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein, vor allem Museen und
- 7 öffentliche Einrichtungen tragen eine direkte Verantwortung zur kritischen
- 8 Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit ihrer Bestände. Zudem trägt der
- 9 deutsche Staat eine Verantwortung dafür, die wissenschaftliche Aufarbeitung
- 10 kolonialer Verbrechen voranzutreiben, sowie Verhandlungen mit den Nachfahren der
- 11 Opfer des Völkermords an den Herero und Nama, der 1904-1908 durch das deutsche
- 12 Kaiserreich begangen wurde, zu führen und eine angemessene Entschädigung zu
- 13 leisten. Dadurch setzen wir uns gezielt dafür ein, eine antirassistische
- 14 Perspektive auf Geschichte und Gesellschaft [streiche: ermöglicht]zu ermöglichen
- 15 und zu fördern.

Begründung

Wir möchten mit diesem Änderungsantrag die Wichtigkeit der Auseinandersetzung und kritischen Aufarbeitung der deutschen kolonialen Vergangenheit hervorheben. Zentraler Bestandteil – und nicht nur nice to have – ist hier die Verantwortung von Museen und öffentlichen Einrichtungen bei der Rückgabe von Kulturgütern. Zum anderen soll hier spezifisch auf den deutschen Völkermord an den Herero und Nama eingegangen werden, aus dem Deutschlands historische Verantwortung einer wissenschaftlichen Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den kolonialen Verbrechen und der Anerkennung der Schuld hervorgeht. Um einen Paradigmenwechsel innerhalb der deutschen Erinnerungskultur zu setzen müssen wir die deutsche historische Verantwortung stärker als bisher im Wahlprogramm in den Fokus setzen.

Beschluss Kapitel 2: International zusammenarbeiten - Zeile 460: Fair Trade unterstützen mit konkreten Maßnahmen

Gremium: AK Internationales & Europa
Beschlussdatum: 20.04.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 1

Antragstext

- 1 Kapitel 2 Von Zeile 460 bis 462 einfügen:
- 2 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden.
- 3 Dieser muss sich am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige
- 4 Entwicklung orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert
- 5 werden, unter anderem durch steuerliche Bevorteilung fair produzierter und
- 6 gehandelter Produkte wie beispielsweise die Abschaffung der Kaffeesteuer auf
- 7 fair gehandelten Kaffee. Es braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen
- 8 Strukturpolitik dringend eine gerechte

Begründung

Ein breites Spektrum von Fair-Handels-Initiativen ist bereits auf vielfältige Weisen aktiv für faire Handelsbedingungen im Sinne des Antragstexts. Sie müssen daher gefördert werden.

Änderungen der Handelsstrukturen sind langwierig. Sie gelingen besser, wenn auf real existierende Modelle verwiesen werden kann. Um den Anteil des fairen Handels am Gesamthandel zu erhöhen, sollten faire Produkte steuerlich bevorzugt werden. Dies wäre auch ein greifbarer Beitrag zu SDG12 (nachhaltige Produktions- und Konsummuster).

Da die Kaffeesteuer eine eigenständige Verbrauchssteuer ist (kein Abstimmungsbedarf mit der EU), nur geringen Einfluss auf das Gesamtsteueraufkommen hat, und Kaffee eines der zentralen Produkte des Fairen Handels ist, bietet sich die Abschaffung der Kaffeesteuer für fair gehandelten Kaffee als niedrighschwelliges Versuchsfeld an, um das Wirtschafts- und Finanzsystem unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten neu zu eichen (siehe Kapitel 2, Zeile 18f).

Im [Fraktionsbeschluss vom 30.06.2020](#), „GRÜN. GLOBAL. GERECHT. Eckpunkte einer nachhaltigen globalen Entwicklungs- und Strukturpolitik“ wurde dies bereits gefordert: „Aber auch der zertifizierte Faire Handel bedarf besonderer Förderung, beispielsweise durch die Abschaffung der Kaffeesteuer auf fair gehandelten Kaffee.“

Um die Lenkungswirkung zu verstärken und aufkommensneutral zu bleiben (Kapitel 2, Zeile 646), könnte die Maßnahme gegenfinanziert werden mit Steueranhebungen auf klimaschädliche oder unfaire Produkte.

(Dieser Änderungsantrag wurde vom Arbeitskreis Internationales und Europa des KV Köln in der Sitzung am 20.04.2021 besprochen und mit absoluter Mehrheit beschlossen.)

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen - Zeile 475 bis 477: Deutsche & Europäische Kerosinsteuer

Antragsteller*in: AK Klima & Umwelt

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 2

Antragstext

- 1 Von Zeile 475 bis 477 einfügen:
- 2 Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die
- 3 bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Anstiegspfad festschreiben.
- 4 Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein.
- 5 Bis diese auf europäischer Ebene umgesetzt ist, werden wir eine Kerosinsteuer
- 6 für innerdeutsche Flüge einführen. Den Aufbau von Produktionsanlagen und
- 7 moderner Flugzeugtechnologie fördern wir.

Begründung

Während auf andere Kraftstoffe Steuern erhoben werden, wird Kerosin bis jetzt nicht verbrauchsgebunden besteuert. Dies stellt eine ökologisch nicht sinnvolle Begünstigung von Flugreisen dar. Die Einführung einer Kerosinsteuer unterstützt die angestrebte CO₂-Reduktion im Flugverkehr zielgerichtet, da sie dort ansetzt, wo CO₂-Emissionen entstehen – beim Kerosinverbrauch. Idealerweise wäre eine europäische Lösung anzustreben – da dies erfahrungsgemäß schwieriger und langsamer umzusetzen ist, beginnen wir bei einer Steuer für innerdeutsche Flüge.

Beschluss Kapitel 3: Solidarität sichern - Zeile 347: Grüne Garantiesicherung mit Orientierung an Grundeinkommen

Antragsteller*in: AK Soziales
Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 2

Antragstext

- 1 Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine
- 2 Garantiesicherung, die sich am Leitbild eines Grundeinkommens orientiert. Sie
- 3 schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle
- 4 Existenzminimum.

Begründung

Das ist die Formulierung, die wir erst vor wenigen Monaten auf der BDK in einem mühevollen Verfahren als parteiinternen Konsens entwickelt haben. Das Fass sollten wir also nicht wieder aufmachen, sondern die Formulierung so aus dem Grundsatzprogramm übernehmen.

Beschluss Kapitel 5 – Zusammen leben - Zeile 216f.: Rassismuskritische Lehrer*innenfortbildung

Antragsteller*in: AK Migration

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 2

Antragstext

- 1 Z. 216f: „Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus wollen wir in
- 2 Lehrplänen, ebenso wie in Lehrer*innen Aus- und Weiterbildung verankern.

Begründung

Begründung: Um Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus in die Lehrpläne verankern zu können, muss zunächst eine Professionalisierung der Lehrkräfte durch das Aufnehmen der Thematiken in deren Ausbildungscurriculum vorgenommen werden. Außerdem müssen bereits studierte Lehrer*innen dahingehend dringend weitergebildet werden. Nur so kann eine kompetente Unterrichtsstunde gewährleistet werden. Des Weiteren trägt die Einbindung der Schule entscheidend dazu bei, dem strukturellen Rassismus entgegenzuwirken.

Beschluss Allgemein: Übersetzung des Wahlprogramms

Antragsteller*in: AK gegen Rechts

Tagesordnungspunkt: TOP 5. Paket 2

Antragstext

- 1 Das Wahlprogramm soll in die zehn in Deutschland meistgesprochenen Sprachen
- 2 übersetzt werden.